



Pro Hund - Für ein einheitliches Hundegesetz

Petitions- Initiantin: Frau Dr. sc. nat. Franziska Fischer, Kirchweg 59, 8102 Oberengstringen

Stadtpräsidentin Frau Corine Mauch Postfach 8022 Zürich

Zürich, 24.04.14

Stellungnahme zum Schreiben vom 16.04.14 - Aufhebung der Leinenpflicht im Werdinselgebiet

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, Sehr geehrter Stadtrat

Das Schreiben vom 16.04.14 haben wir erhalten und zur Kenntnis genommen, sind jedoch nicht gewillt, das so hinzunehmen.

Wir sind der Ansicht, dass die Begründung, welche eine Leinenpflicht befürwortet, sehr weit hergeholt ist und einmal mehr versucht wird, den tragischen Vorfall in Oberglatt für den Eigennutz zu missbrauchen. Wie würde die Stadt denn eine Leinenpflicht begründen, wenn dieser Vorfall nicht stattgefunden hätte? Und ehrlicherweise müssen sie zugeben, dass die bestehenden Probleme rein gar nichts mit diesem Vorfall zu tun haben. Es sind gesellschaftliche Problemen, welche sie in Ihrem Brief ebenfalls aufführen. Die Gesellschaft sollte zu mehr Toleranz und Rücksichtnahme aufgerufen werden. Aber es zeigt auf, dass weder die Stadt, noch der Kanton in der Lage sind, objektive Grundlagen rund um das Thema Hund zu schaffen und umzusetzen.

So beharren Sie ein weiteres Mal darauf, dass Rasselisten das einzig Richtige wären. Da fragen wir Sie nun, ob denn die jetzige Diskussion um die Leinenpflicht etwas mit den Rassen zu tun hat? Zudem möchten wir gerne wissen, wie Sie denn zu argumentieren gedenken, wenn ein nicht gelisteter Hund ein Kind schnappt? Gerade im Kanton Zürich, wo ja vier Rassen und deren Mischlinge verboten sind, dürften nach Ihrer Ansicht, solche Vorfälle ja nicht mehr vorkommen, wenn Ihre Ansicht denn richtig wäre.

Es ist bedauerlich, dass die Behörden und die Politik nicht in der Lage sind, Gesetze zu erlassen die Bestand haben und dafür immer nach "Lösungen" suchen, die vermeintlich etwas ändern und, wie Sie so schön sagen "von der Bevölkerung akzeptiert" werden.

Des Weiteren möchten wir Sie gerne daran erinnern, dass die hundehaltende Bevölkerung in den letzten Jahren in mehreren Bereichen "an die kurze Leine" genommen wurde. So besteht eine Ausbildungspflicht für Hundehalterinnen und Hundehalter, welche wir sehr befürworten, die Hundesteuern wurden im gesamten Kanton massiv erhöht (im Durchschnitt 30%) und es gilt eine sogenannte scharfe Kausalhaftpflicht für Hundehaltende.

Es kann nicht sein, dass dieser Teil der Bevölkerung immer weiter diskriminiert und kriminalisiert wird. Es ist die Aufgabe der Politik und der Behörden stets objektiv und verhältnismässig zu handeln, was rund um die Hundehaltung nicht der Trend zu sein scheint.

Wir schlagen Ihnen vor, dass die Hundesteuer endlich in eine zweckgebundene Steuer umgewandelt wird und diese Einnahmen in die Prävention, die Schulung der Halterinnen und Halter und in Areale für die Durchführung der obligatorischen Hundeausbildungen fliessen sollen.

Für Fragen, oder ein persönliches Gespräch, stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

B. Brunes

Pro Hund

Initiantin der Petition

Präs. Hunde-Partei

alter Ogi

Belinda Brunner

Dr. sd/nat. Franziska Fischer

Walter Ogi

## Kontaktadressen:

- Hunde-Partei, Präsident, W.Ogi, Monikastr.5, 8048 Zürich, kontakt@hunde-partei.ch

- Pro Hund, B. Brunner, Finsterrütistr.26, 8134 Adliswil, belinda.brunner@bluewin.ch